

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: C. Foulane, Für den literarischen und Vermischten: J. Steindach, Für den übrigen redakt. Theil: S. Schmiedehaus, sämtlich in Posen.

Posener Zeitung

Siebenhundneunzigster

Jahrgang.

Anzerate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Graf D. Schlegel, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Pichler, in Firma J. Jannasch, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Chraplenki, in Meieritz bei Ph. Kallbas, in Breschen bei J. Zedelsohn u. b. d. Anzerate-Annahmestellen von G. L. Danke & Co., Saaßenstein & Pöglar, Rudolf Hoff und „Invalidentenkasse“

Ar. 858

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich zwei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M., für die Stadt Posen, 5,45 M., für sammt Preussischland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Buchhändler des deutschen Reiches an.

Montag, 8. Dezember.

Anzerate, die sechsfaltige Zeitungsblätter über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den sonstigen Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) 13. Sitzung vom 6. Dezember, 11 Uhr.

Die erste Berathung der Schulvorlage wird fortgesetzt. Abg. Dr. v. Stablawski (Pole): Die Vorlage genügt nicht den großen Aufgaben, welche die Gegenwart an die Volksschule stellt. In einem Augenblick, wo die Umsturzpartei so weit um sich greift und die Initiative des Kaisers so viel Opferfreudigkeit hervorgerufen hat, soll die religiöse Ueberzeugung derjenigen angegriffen werden, welche diese Ueberzeugung am meisten zur Bethätigung gebracht haben, soll der Staat entgegen der historischen Entwicklung den Religionsunterricht auch ferner leiten, denn darauf läuft schließlich Alles hinaus. Der Staat darf nicht die Kirche beschränken, wie es hier geschieht. Bedauerlich ist, daß diese Vorlage nicht im Einvernehmen mit den Organen der Kirche festgestellt worden ist. Auch bei der Schulenkette sind leider die Bischöfe nicht hinzugezogen worden. Die Kirche hat nicht einmal bezüglich des Religionsunterrichts die ihr gebührende Stellung in dieser Vorlage. In der That ist es möglich, daß evangelische Lehrer katholischen Kindern Religionsunterricht geben; das ist ja in dem Wohnort des Herrn v. Schalscha geschehen. (Hört! hört! im Centrum.) Warum bleibt das Schulaufsichtsgesetz bestehen, welches so viele Ungerechtigkeiten mit sich gebracht hat? In Posen mit überwiegend katholischer Bevölkerung ist noch nicht ein Bechtel der Kreisinspectoren katholisch. Auch die Rechte der Eltern werden in dem Gesetze nicht genügend berücksichtigt. Ist es nicht ein berechtigter Anspruch, daß die Kinder in den Schulen die Sprache ihrer Familie schreiben und lesen lernen? Anstatt dessen wird ihnen in den polnischen Provinzen die Kenntniss der Muttersprache vorenthalten. Das ist der Boden, auf dem die Sozialdemokratie am üppigsten wächst. Nur den Bemühungen des Klerus ist es gelungen, die Sozialdemokratie an ihrer Ausbreitung zu verhindern. Eine weitere Fernhaltung der Sozialdemokratie wird aber nur möglich sein, wenn uns der Unterricht in der Muttersprache wieder gegeben wird. Dadurch, daß der Lehrer jetzt für einen ganzen Schulbezirk gewählt wird, wird das Präsentationsrecht der Gemeinden illusorisch; die Selbstverwaltung wird in dieser Beziehung geradezu vernichtet. So ist die Vorlage vom Standpunkte der bürgerlichen Freiheit, der Religion, der Muttersprache verwerflich.

seines Bekenntnisses bleiben soll. Dazu gehört vor allem, daß der Lehrer derselben Religion angehört, wie die Mehrzahl der Kinder. Wir glauben allerdings, daß die Vorlage dies als selbstverständlich ansieht. Einverstanden sind wir auch damit, daß die Vorlage auf dem kommunalen Prinzip aufgebaut ist, ebenso mit der Aufhebung der Schulsozietäten. Letztere entsprechen nicht mehr den Anforderungen, welche von der Schule jetzt an sie gestellt werden müssen. Dadurch, daß in selbständigen Gutsbezirken die Gutsbesitzer die Schulkosten zu tragen haben, wird der Grundbesitz im Osten bedeutend mehr belastet, trotzdem er schon auf dem Gebiete des Schulpatronats große Lasten zu tragen hat. Wir erkennen aber an, daß das die Konsequenz unserer Stellung zur Landgemeindevorordnung ist; wir werden diese Konsequenzen unweigerlich tragen. Aber wir wünschen einen anderen Maßstab für die Heranziehung zu den Schulkosten, durch den der wirklichen Leistungsfähigkeit mehr entsprochen wird. Der Inhaber des Gutsbezirks, der allein die Lasten trägt, muß mehr Rechte die Schule gegenüber bekommen. Der Selbstverwaltung der Kommunen werden zu enge Grenzen gesetzt, die örtlichen Organe zu sehr in den Hintergrund gedrängt. (Sehr wahr! links.) Bei einseitiger Wahrnehmung der Schulinteressen durch die Schulverwaltung liegt die Gefahr nahe, daß die örtlichen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt werden. Die Rolle des Kreisaußschusses ist eine sehr bescheidene, in der Vorlage zeigt sich ein Mißtrauen gegen ihn und eine Bevorzugung des Bezirksauschusses. Der Kreisaußschuß muß wieder in den Vordergrund treten. (Sehr wahr! rechts.) Auch das Interesse der Gemeinden an der Schule wird wesentlich gehoben, wenn sie der Ueberzeugung sind, daß ihre Interessen durch Organe der Selbstverwaltung vertreten wird. Es würde sich empfehlen, dem Kreisinspectoren in Schulklassen volles Stimmrecht in dem Kreisaußschuß zu geben. Die Gemeinde muß die Garantie haben, daß sie den Lehrer, den sie vorschlägt, auch bekommt und nicht einen von anderwärts strafverletzten. Die aller schwersten Bedenken haben wir gegen die Stellung, welche dem Geistlichen in dem Schulvorstand eingeräumt wird; es liegt darin eine capitis deminutio für ihn, wenn er mit dem Lehrer unter dem Gemeindevorsteher steht.

Bedenken haben wir gegen die definitive Verwendung oder Mittel aus den Rollen für die Schulzwecke. Wir wissen heute nicht, ob wir diese Mittel nicht für die Steuerreform brauchen. Wir hoffen, daß in der Kommission etwas dem Vaterlande Dienliches herauskommt. (Beifall rechts.) Abg. Dr. Windthorst (Ztr.): Ich stimme auch für Kommissionsberathung, nicht weil ich glaube, daß dadurch das Gesetz zum Abschluß gebracht wird, sondern weil die Ansichten sich klären; nach Beendigung der Kommissionsberathung sollten wir uns erst zu Hause die Gestaltung der Dinge ansehen. Meine Hoffnung auf das Zustandekommen des Gesetzes ist eine geringe. Sollte in Wirklichkeit eine Majorität dieses Gesetzes beschließen, so ist der Grund gelegt nicht zum konfessionellen Frieden, sondern zu einem Kampfe, dessen Ende ich nicht absehe, und der ebenso weittragend sein wird, wie der Kulturkampf. Nämlich das Gesetz zu Stande, so würde ich in den nächsten Sessionen Anträge auf Aufhebung der Modifikation einbringen, bis der Boden untergraben ist. Das Gesetz, wie es vorliegt, ist unannehmbar, weil es die katholische Kirche in ihren Grundlagen zu erschüttern geeignet ist. (Beifall im Centrum.) Der Entwurf ist ja diplomatisch fein durchgearbeitet. Die ministerielle Willkür in diesem Gesetze wird petrefakt, es ist eine legalisirte Willkür. Dieser Entwurf ist keinesfalls eine Durchführung der Verfassung. Die Verfassung giebt Freiheit in Bezug auf die Wahl der Lehrer und des Lehrstoffes, aber bisher ist die Tendenz der Schulgesetze immer dahin gegangen, die Omnipotenz des Staates zu erweitern. Wer ein Schulgesetz macht, muß auch diese Seite berücksichtigen. Das Staatsmonopol darf nicht mehr erweitert werden. Von der Schule, wie sie hier vorge schlagen wird, bis zur Schule ohne Religionsunterricht ist nur ein Schritt. Wir werden Privatschulen gründen müssen, um die Ideen

der Demagogie und der Freimaurerei zu bekämpfen (Lachen bei den Nationalliberalen). Wer da lacht, den halte ich für einen Freimaurer (Weiterkeit). Vor allem ist es nöthig, daß schon in den Seminarien mehr auf die religiöse Erziehung gesehen wird. Das ganze Schulwesen wird geordnet werden müssen, wenn wir zu einem geistlichen Resultat kommen wollen. Zu erwägen wäre, ob nicht, wenn das Gesetz im Ganzen nicht zu Stande käme, die Paragraphen über die Verbesserungen der Lehrer als besonderes Gesetz herausgenommen werden müßten. Der Erlass dieses Gesetzes ist eine Verletzung der Verfassung. Ein solches Gesetz darf gar nicht vorgelegt werden, ohne daß die kirchlichen Organe befragt werden. Es wird doch sonst in Preußen kein Deliquent gefängt, ohne gehört zu werden. (Weiterkeit.) Die Schulkörthe, weil sie ohne Widerspruch regieren, fangen an zu glauben, daß sie allein in der Welt sind. (Beifall im Centrum.) Leider ist der Kirche auch bei der Anstellung der Lehrer jede Mitwirkung verweigert. Dem Geistlichen gebührt naturgemäß der Voratz im Schulvorstande, denn er ist derjenige, der über die Verhältnisse am genauesten Bescheid weiß. Die Sorge der Herren Schulkörthe geht aber überhaupt dahin, die Kirche zu demüthigen, wo sie können. Auch in den Seminarien müßte dem geistlichen Element ein größerer Einfluß gegeben werden. Staat und Gemeinde müssen mit der Kirche zusammenarbeiten. Die Kirche muß auch wie jene beiden anderen Faktoren bei der Disziplinierung eines Lehrers betheiligt werden, sie muß eine Reklamation oder Entlassung des Lehrers verlangen können, wenn dieser die religiösen Lehren den Kindern nicht in der richtigen Weise beibringt. Es ist mir nicht klar geworden, ob die Geistlichen nach dem Entwurf nicht selbst den Religionsunterricht erteilen können. Es muß dem Geistlichen die Möglichkeit gegeben werden, sofort für den Lehrer einzutreten, wenn dieser den Religionsunterricht nicht in der richtigen Weise giebt. Die Leitung des Religionsunterrichts muß unbedingt den kirchlichen Organen überlassen werden. Oder sollen etwa die Herren Ministerialräthe über Fragen des katholischen Glaubens entscheiden, wenn ein Streit hierüber zwischen Lehrer und Geistlichen entsteht? Auch die Auswahl der Religionslehrbücher darf allein in die Hände der kirchlichen Behörde gelegt werden. Was hier vorgeschlagen wird, ist aber ein Eingriff in die Lehrfreiheit der Kirche.

Wir haben nicht immer die Sicherheit, einen so wohlwollenden evangelischen Kultusminister zu besitzen, und selbst der wohlwollendste Kultusminister ist noch sehr abhängig von seinen Räten. (Weiterkeit.) Ein Kultusminister muß übrigens nach der Verfassung keineswegs immer evangelisch sein, es kann auch ein jüdischer Kultusminister geben. (Weiterkeit.) Wir sehen mit Angstlichkeit und Sorge einem solchen Gesetze entgegen, weil wir einen evangelischen Kultusminister, evangelische Räte, evangelische Beamten haben. Wird dieses Gesetz durchgeführt, dann haben wir den Kulturkampf umsonst geführt. Aber wir sind der Ueberzeugung, daß wir auch diesen Ansturm dann abschlagen werden. (Beifall im Centrum.)

Kultusminister v. Gölzer: Die Regierung ist freudig erfüllt von dem Eindruck der bisherigen Debatte. Vor Einbringung des Gesetzes über dasselbe mit den kirchlichen Oberen zu verhandeln, lag keine Veranlassung vor, nach den bösen Erfahrungen, die s. Z. Minister Ladenberg mit einem solchen Verfahren gemacht hat. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Windthorst erinnere ich erneut daran, daß unsere Seminarien ganz konfessionell sind. Der Religionsunterricht wird in den katholischen Seminaren von einem katholischen Geistlichen erteilt, und an der Abgangsprüfung nimmt ein bischöflicher Kommissar theil. Der Entwurf erfüllt die Verfassung und das gegenwärtig bestehende Recht, kommt aber in einigen Punkten den Religionsgesellschaften mehr als bisher entgegen. Wenn die katholische Kirche 40 Jahre lang unter der Verfassung bestanden hat, so wird sie auch nicht Schaden leiden, wenn dieses Gesetz angenommen wird. Von einem Kampfe gegen irgend eine Religionsgesellschaft ist in diesem Gesetze keine Rede. Revolutionär kann man unser Vorgehen doch nicht nennen, da wir nur

Die polnische Auswanderung nach Brasilien.

Unter den Fabrikarbeitern in den polnischen Industriebezirken hat bekanntlich in Folge der anhaltenden wirtschaftlichen Krise eine massenhafte Auswanderung nach Brasilien begonnen. Die Frage ist zu einem wahren Nationalunglück geworden; sie hat die verschiedensten Gesellschaftsschichten ergriffen und einen geradezu epidemischen Charakter angenommen. Nach Brasilien reisen oder sehnen sich alle wohlhabenden Landwirthe, alle nichtbesitzenden Arbeiter; Knechte, ihre Familien u. s. w. Es ist kaum zu glauben, für welche Preise der Grund und Boden, das lebende Inventar, die Gerathe und Hüthen verkauft werden; so hat z. B. ein Landwirth sein sämmtliches Besitzthum für 140 Rbl. verkauft. Man schlägt um jeden Preis sein Eigenthum los; was man nicht im Dorfe verkaufen kann, wird auf den nächsten Markt gebracht, wo man Alles für ein Spottgeld dahingibt. Es wird außer Betten und Kleidern nichts Anderes nach Brasilien mitgenommen.

Die Epidemie der Auswanderung übt bereits einen solchen Einfluß aus, daß der Grund und Boden nahezu werthlos geworden; so werden z. B. 30 Morgen Land für 300 Rubel verkauft. Wenn es aber überhaupt nicht möglich ist, sein Besitzthum zu verkaufen, der verschreibt es seinen nächsten Verwandten. Man drängt mit der größten Ungeduld fortzukommen, läßt sich nicht Zeit, die Kartoffeln auszugraben, sondern läßt Alles auf dem Felde verfaulen, um nur so schnell als möglich das gelobte Land zu erreichen, von welchem die Leute die märchenhaftesten Vorstellungen haben. So z. B.,

sagen die Bauern, haben im Süden beim Papst sich alle Kaiser und Könige zu einem großen Rathe versammelt. — Die „Engländerin“, sagen sie, hat ein großes neues, unbewohntes Land entdeckt, Brasilien; sie soll geäußert haben: Ich brauche für mein Land Menschen, gebt mir eine Landbevölkerung, ich werde sie reich und glücklich machen. — Nur keine Verbrecher, denn sonst wäre Krieg und Kampf unvermeidlich. Und man gab ihr unser polnisches Volk. Der alte Bismarck — sagen Andere — ist ein böser, der junge aber ein guter Mensch. Er ist zum Katholizismus übergetreten und gründet in Brasilien ein neues Polen. Viele Kirchen hat er dort gebaut und eine Menge Priester hat er kommen lassen; er ruft das polnische Volk, das nach Neujahr im alten Land 15 Rubel für eine Taufe und 25 für eine Hochzeit zahlen oder einen anderen Glauben annehmen müssen, nach Brasilien.

Nein, sagen wieder Andere, nicht der junge Bismarck gründet ein neues Polen, sondern der Papst selber. Schon vor 14 Jahren ist eine Masse Volkes nach Brasilien ausgewandert, wurde aber dort von den Wilden, die sie überfielen, gefressen; darauf hat der Papst drei Tage und drei Nächte gefastet und gebetet; Gott hat sein Gebet erhört, die Wilden sind ausgestorben, das Land menschenfrei, und jetzt will der Papst, daß seine Katholiken dorthin gehen. Ein anderes Gerücht schuf eine Königin von Brasilien, die 13 Millionen Polen braucht. Sie ist sehr gut und mildthätig und gibt den Arbeitern großen Verdienst. Niemand muß dort Noth leiden. Wenn ein Armer einen Reichen auf der Straße trifft, erhält er von ihm 5 Rubel.

Das Land ist so reich, daß man das Gold nur einfach zu graben braucht. Jeder erhält so viel Land, als er nur will, kann Kaffee trinken, Reis, Rosinen, Orangen und Melonen essen; das dortige Volk versteht die polnische Sprache nicht; wenn man beispielsweise Jemanden um Salz bittet, schüttet er eine Hand voll Zucker in die Schüssel.

Auf dem Schiffe ist es auch gut, und obwohl es bis Brasilien sehr weit ist, wird die Reise doch in ein paar Tagen zurückgelegt, denn die Schiffe fliegen nur so, wie die Leute von Brasilien, die auf den Markt nach Siganow gekommen und wieder nach dort zurückgekehrt sind, selber gesagt haben. Die Schwester eines Pfarrers ist mit einem Sack Pfeffer auf den Markt gekommen, wofür sie 24 Rbl. gelöst habe. — Wenn auf dem Schiffe Jemand erkrankt oder eine Frau gebärt, steuert das Schiff sofort nach dem festen Land und bleibt dort so lange liegen, bis der Betreffende gesund ist; erst dann setzt es die Reise fort. Unterwegs hält es auch auf der Insel St. Helena. Dort können die Reisenden beichten und kommunizieren. In Brasilien angelangt, werden sie von einer Prozession mit Priestern und Fahnen abgeholt. Die Reisenden werden dann feierlichst in ihre Wohnungen geführt. Diejenigen, welche nicht gleich Arbeit und somit Verdienst haben, werden in einem zwei Meilen langen Hotel untergebracht; dort erhält Jeder ein eigenes Zimmer, seidene Decken und Essen so viel als er will und kann daselbst bleiben, so lange es ihm gefällt. Wenn unter so rosigen Aussichten sich doch Jemand findet, der die Reise nicht mitmacht, erregt es große Verwunderung, wie folgende Unterhaltung zeigt.

einen Verfassungsparagraphen ausführen. Gerade Herr Windthorst will im Gegentheil die Verfassung ändern; unser Entwurf widerspricht der Verfassung nicht. Kein Kultusminister wird sich in Bezug auf den Religionsunterricht an die Stelle der Kirche setzen oder irgendwie in ihre Rechte eingreifen wollen. Die oft angegriffene Verordnung von 1876 ist im Jahre 1887 sogar vom Erzbischof Dinder als die Grundlage für die bekannte Verfügung genommen worden, in welcher er seine Geistlichen anweist, die Leitung des Religionsunterrichts zu übernehmen.

Der Behauptung des Herrn v. Stablewski, daß fast in keiner Schule seiner Heimathprovinz der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde, widerspricht die Thatfache, daß in Posen von 1187 Schulen mit polnischen Kindern in 1079 Schulen ausschließlich polnischer Religionsunterricht erteilt wird. (Hört, hört! rechts.)

Ich erkenne erneut an, daß auch nach dem Wortlaut des Gesetzes die Schulaufsichtsbehörde verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß wenn ein zur Leitung des Religionsunterrichts berufener Geistlicher vorhanden ist, dieser auch in den Schulvorstand zu treten hat. Soll das in noch klarerer Weise zum Ausdruck kommen, so wird eine Fassung in der Kommission gefunden werden können. Eine Garantie für die Kirche, daß der Lehrer zum Religionsunterricht befähigt ist, liegt in der Verordnung von 1827, daß kein Seminarist das Reisezeugnis bekommt, wenn nicht der bischöfliche Kommissarius mitgewirkt hat. — Was die Absetzung betrifft, so hat der Lehrer ein gesetzliches Recht, daß er nur im Disziplinarverfahren seine Stellung verlieren kann. Aber sehr verhängnisvoll ist die Stellung der Kirche in diesem Entwurf dadurch, daß dem Lehrer zur Pflicht gemacht wird, den Religionsunterricht nach den Lehren seiner Kirche zu erteilen. Weicht er davon ab, so ergeben sich ja die Konsequenzen von selbst. Es ist ferner selbstverständlich, daß wenn konfessionelle Schulen eingerichtet werden, der Lehrer der Konfession der Kinder angehört. Einzelne Fälle, wo der Lehrer einer anderen Konfession angehört, kamen in Schlesien vor, wo sie ex lege bestanden haben.

Die Staatsregierung ist bereit, mit Ihnen in treuer Mitarbeit das Nichtigste zu suchen. In den Ausführungen des Abg. Zelle habe ich keinen Punkt gefunden, über den wir uns nicht verständigen könnten. Es liegt nicht in meiner Absicht, daß der stolze Bau der kommunalen Schulen seine Blätter und Blüten verliert. Ich weiß wohl, daß das frische Blühen dieser Schulen der bewußten, liebevollen Thätigkeit der größeren Städte zu verdanken ist. Die Ausführungen des Abg. Zelle über den Schulvorstand waren mehr liebenswürdig wichtig, als berechtigt. Der Schulvorstand muß auch um das Leben der Kinder außerhalb der Schule sich kümmern, darin liegt ein wichtiges Moment der Erziehung.

Dem Bedenken, daß die Gemeinde davor geschützt werden müsse, daß ihr ein strafverletzter Lehrer aufstrotzt wurde, steht die Rücksicht auf die Lehrer gegenüber. Dies ist schmerzlicher, als einen häufig noch sehr jungen und erziehungsfähigen Lehrer aus dem Dienste entlassen zu müssen, weil er an der Stelle, wo er sich befindet, unzulänglich ist. Solchen Lehrern ist oft sehr leicht zu helfen, wenn sie nur an eine andere Stelle kommen können. Ich bitte Sie daher, Ihr Wohlwollen für die Lehrer auch in diesem Punkte zu zeigen.

Der Wunsch, daß diesem Gesetz ein Begräbniß zweiter Klasse zu Theil werde, wird ja nun nicht in Erfüllung gehen; es könnte höchstens von einem Begräbniß erster Klasse die Rede sein; und auch das ist nicht zu erwarten nach den entgegenkommenden Erklärungen von verschiedener Seite, daß selbst wenn die Kommissionsbeschlüsse nicht zum Abschluß führen sollten, sie doch als eine Basis dienen würden für eine weitere Entwicklung in der Praxis und ein späteres Zustandekommen des Gesetzes. Ich gehe noch weiter. Ich hoffe, daß wenn wir erst an der besten Arbeit sind, wir eine ganze Masse Mißverständnisse beseitigen und dann das Gesetz zur vollständigen Befriedigung zu Stande bringen. (Beifall.)

Abg. Dzsem (nt.): Die Vorlage bedeutet einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand insofern, als er gesetzliche Normen schafft, und es dadurch unmöglich macht, daß mit jedem Ministerwechsel auch eine Aenderung des Systems eintritt und das Centrum dadurch Gelegenheit bekommt, über neue Konzeptionen mit dem Minister zu verhandeln. Der Antrag Windthorst würde nach diesem Gesetze unmöglich sein. Die Vorlage bedeutet durchaus nicht einen Eingriff in die Rechte der Religionsgesellschaften. Die Kirche hat nach der Verfassung nicht das Recht, den Religionsunterricht ausschließlich zu leiten; dieses Recht ist ihr nur von dem Staate übertragen worden. An der Spitze der Verfassung steht vor allem die Staatsaufsicht. Wenn man die konfessionellen Gegensätze so weiter verhärtet, so bekommen wir schließlich im Reichstag einen Antrag Windthorst's auf konfessionelle Trennung der Regimenter. (Heiterkeit.) Die Bureaufkratte hat gerade auf dem Gebiete der Schule Gutes geleistet. Das Präsentationsrecht der Gemeinden, wie es in dieser Vorlage geregelt wird, halten wir für eine Verbesserung gegenüber dem früheren Zustande. Wir sind auch durchaus der Meinung, daß die Vorlage der Verfassung entspricht, und

ich theile die Hoffnung des Ministers auf eine glückliche Erledigung des Gesetzes in dieser Session. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Abg. v. Hergenbahn (nl.): Ist im Prinzip gleichfalls für die Vorlage. Neben bemängelt aber das Eingreifen der Vorlage in die Selbstverwaltung der Gemeinden, namentlich der großen Städte. Den städtischen Schuldeputationen müsse eine größere Selbstständigkeit gegeben werden. Ferner fürchtet Neben von der Vorlage eine Vernichtung der Simultanschulen, die seiner Heimath, der nassauischen Bevölkerung ans Herz gewachsen seien (Widerpruch im Centrum). Wo Simultanschulen bestanden haben, hätten sie wesentlich beigetragen zur Verbesserung der Bevölkerung. In Nassau hätten seiner Zeit selbst die Konservativen sich für dieselben erklärt; und jetzt träten mit Ausnahme zweier Centrumsabgeordneter sämtliche Abgeordneten des Regierungsbezirks Wiesbaden für sie ein. Die Nationalliberalen würden in der Kommission beantragen, daß Simultanschulen nur abgeschafft werden könnten mit Zustimmung der Gemeinden. Die Simultanschule sei die Schule der Zukunft. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.): Den materiellen Theil der Vorlage halte ich für eine lokale Ausföhrung der Verfassungsbestimmungen. Nicht so befriedigt bin ich von den Bestimmungen über die Abgrenzung der Zuständigkeiten. Dieser Theil ist verbesserungsfähig nach der Erweiterung der Befugnisse der Selbstverwaltung hin. Dieses Gesetz wird ein Gesetz des Friedens sein, und ich glaube, eben darum trifft es auf solchen Widerstand seitens derjenigen, die von der Agitation leben. (Widerpruch im Centrum.) Das Centrum will nur Unterwerfung der Lehrer unter die Hierarchie. Dazu wird die Zustimmung der preussischen Lehrer niemals erlangt werden, trotz des Wohlwollens, das Herr Windthorst für sie zur Schau trägt. Den Uebergang zur Bildung neuer Träger für die Schulunterhaltungspflicht können wir nur dadurch finden, daß wir den neuen Trägern die nöthigen Schulgebäude geben. Das geschieht am besten auf dem vorgeschlagenen Wege durch die Novelle zur lex Huene. Es würde sich empfehlen, einen Theil der Schulaufsicht Gemeindeorganen, dem Kreisausschuß oder dem Landrath, zu übertragen. Das wird dazu beitragen, der Bevölkerung die Ueberzeugung zu gewähren, daß die Schulverwaltung nur das Beste will.

Abg. Dr. Windthorst: Der Herr Minister hat meine Bedenken nicht widerlegt. Mein Wohlwollen gegen die Lehrer hat nicht etwa, wie Herr v. Zedlitz annimmt, die Absicht, sie für hierarchische Bestrebungen zu fördern. Die wahrhaft tüchtigen Lehrer sind nicht der Ansicht, daß das hierarchische Bestrebungen sind. Ich hoffe, daß die kirchlichen Oberen sich noch äußern, damit die Regierung einsieht, daß sie nicht im Einvernehmen mit der Kirche ist. Jedenfalls hoffe ich im Einverständnis mit Herrn von Buch, daß die Vorlage in diesem Jahre noch nicht zum Abschluß kommt; die Verhandlungen in der Kommission werden in der Richtung klärend wirken, daß wir später ein Gesetz bekommen, welches uns garantiert, daß unsere Kinder in der Religion ihrer Väter erzogen werden. Ich will keinen neuen Streit: ich wünsche den Frieden, aber Sie dürfen die 15 Millionen Katholiken nicht vergewaltigen. Die Katholiken werden eine solche Zwangsschule, wie das Gesetz sie schafft, nie anerkennen. Ich warne Sie davor, den Kulturkampf neu anzufangen. Wir wollen eine größere Stärkung der Religion, auch auf den Gymnasien und Universitäten; denn daher rührt ein großer Theil des Unglücks her, das von der Sozialdemokratie kommt. Herr v. Zedlitz legt mir beharrlich persönliche Motive vor; ich muß daher annehmen, daß bei ihm solche vorliegen. — Die Simultanschulen in Nassau müssen allmählich ebenso verschwinden wie überall. Denn die Simultanschulen sind die Träger des Indifferentismus, und der Indifferentismus ist die Mutter des religiösen Todes.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Das Haus vertagt sich darauf auf Dienstag 11 Uhr. (Novelle zur lex Huene.) Schluß 4 1/2 Uhr.

## Deutschland.

— Berlin, 7. Dez. Der neue Zuckersteuer-Entwurf wird nicht Gesetz werden. Den Agrariern und sonstigen Interessenten ist er zu radikal, und den Freunden der Zuckersteuerreform nicht radikal genug. Im Allgemeinen pflegen Gesetzentwürfe, die deart von zwei Seiten her mit gleichmäßiger Schärfe angegriffen werden, den Anspruch erheben zu können, daß sie gerade die richtige Mitte treffen. Hier aber liegt es doch nicht so. Der Gesetzentwurf macht den aussichtslosen Versuch, die Einschränkung des Systems der Exportprämien zwar durchzuführen, den Ausfall aber, den die Zuckerrfabriken auf solche Weise an ihren Einnahmen zu erleiden haben werden, durch eine anderweite Festsetzung der Steuersätze zu decken, von

der wieder der inländische Konsumt aufs Aeußerste betroffen werden mußte. Die Aufgabe, sich den allernünftigsten Platz, den zwischen zwei Stühlen, auszusuchen, ist selten mit so viel nicht beneidenswerther Geschicklichkeit gelöst worden, wie bei dieser Zuckersteuer-Vorlage. Wie man hört, will der Finanzminister Miquel dem Schatzsekretär nach Möglichkeit beibringen, um den Entwurf dem Reichstage plausibel zu machen. Aber auch die ungemein dialektische Gewandtheit des Herrn Miquel wird das Unmögliche nicht möglich machen können. Der Reichstag wird schon bei der ersten Lesung der Vorlage Petitionen gegen die beabsichtigte Reform, die in Wirklichkeit keine ist, vorfinden. Eigentümlicher Weise haben einige der Petenten, so der Landwirthschaftliche Provinzial-Verein zu Posen, ein Immediat an den Kaiser gerichtet, worin auf die ernststen Gefahren aufmerksam gemacht wird, die die Landwirtschaft bedrohen, besonders auf die Gefahr des neuen Zuckersteuergesetzes. Es ist das ein Unternehmen, dessen gleichen bis dahin nicht üblich gewesen ist. In neuerer Zeit haben sich allerdings die direkt an den Kaiser gerichteten Petitionen von Berufstreifen und Einzelnen gemehrt, aber in solchen reinen Gesetzgebungsfragen und zumal dann, wenn die Volksvertretung bereits mit ihnen beschäftigt ist, ist der Weg unmittelbar in das Kabinet des Kaisers hinein doch noch nicht betreten worden. Immerhin müssen wir diese Erscheinung zu den charakteristischen Anzeichen einer veränderten Stellung der Krone zu dem politischen öffentlichen Leben und umgekehrt der öffentlichen Interessen zur Krone betrachten. Langsam und sicher ist die persönliche Initiative des Monarchen in den Mittelpunkt der Ereignisse getreten, und das Wort, daß der Kaiser sein eigener Reichskanzler sein werde, beginnt mehr und mehr Wahrheit zu werden. Je weniger in der Öffentlichkeit von diesem Verhältnis gesprochen wird, desto unmerklicher, aber auch desto bestimmter setzt es sich durch und nimmt die Gemüther der Menschen ein. Man denkt kaum noch darüber nach, daß es doch eigentlich etwas seit der Herrschaft des konstitutionellen Staatsgedankens noch nicht Erlebtes ist, wenn der Kaiser, so wie es in der letzten Zeit wiederholt geschehen ist, mit Reden und Ansprachen in den Gang der öffentlichen Dinge eingreift, und immer mehr kommt die Neigung auf, nicht etwa zu fragen, welche Vorschläge in dieser oder jener gesetzgeberischen Angelegenheit die Minister dem Kaiser machen werden, sondern umgekehrt, welche Direktiven der Kaiser seinen Ministern geben wird, und wie sie es anstellen werden, um den Wünschen vom Throne herab Form und Gestalt zu geben.

— Die gestrige Jagd in der Gohrde begann bei sonnigem Frostwetter Vormittags 9 1/2 Uhr mit einem eingestellten Jagden auf Rothwild. Der Kaiser erlegte 11 Hirsche, darunter 3 jagdbare. Die ganze Strecke bestand aus 124 Stück. Nach dem Frühstück fand eine Suche mit der Fundermeute statt, bei welcher der Kaiser 18 Sauen schoß. Die Gesamtstrecke bestand aus 103 Stück. Um 4 Uhr war im Jagdschlusse Mittagstafel, an welcher sämtliche Jagdgäste theilnahmen. Nachmittags 5 1/2 Uhr hat der Kaiser die Rückreise nach Potsdam angetreten.

— Die kaiserliche Familie beabsichtigt um die Mitte dieses Monats nach Berlin in das königliche Schloß überzusiedeln. Als nächster Termin ist der 12. oder 13. Dezember in Aussicht genommen worden, doch dürfte dies noch von den Witterungsverhältnissen abhängig gemacht werden. — Ueber das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin laufen wieder günstigere Berichte ein. Die Erholung ist in den letzten beiden Wochen in merklicher Weise, wenn auch langsam fortgeschritten. Der Bronchialkatarrh ist bis auf die Lungenpartie, welche vor 8 Jahren so schwer affizirt war, fast ganz geschwunden, Asthma ist seit der letzten Erkältung in Athen nicht wieder aufgetreten, der Appetit ist vortrefflich, Schlaf meist ungestört. Nur die neuralgischen Anfälle bestehen noch fort. Es ist zu hoffen, sobald Bewegung in freier Luft gestattet ist, daß der hohe Kranke raschere Fortschritte zur Besserung machen wird.

„Jasiu, gehst Du nicht auch nach Brasilien, dort wachsen ja die Feigen und Orangen so niedrig, daß man sie mit den Händen greifen kann.“

„Natürlich gehe ich auch, aber erst nach Neujahr, weil man über das Nothe Meer muß und das ist in Folge der großen Hitze eingetrocknet.“

Von Brasilien aus ist es zu allen heiligen Orten sehr nahe: nach Jerusalem 10 Meilen, und wenn der Papst in Rom Gottesdienst abhält, hört man in Brasilien die Glocken läuten.

Aus diesen Vorstellungen sehen wir, wie geschieht es die Agenten angefangen haben, das Volk zu fördern. Alles, wozu es sich auf Erden sehnt, was ihm das Höchste erscheint, findet es hier auf einem Punkte vereinigt: Land, so viel es will, großen Verdienst, gutes Essen, in der Nähe alle heiligen Orte; es kann im Ueberfluß und in religiöser Anbetung schwelgen. Wenn der Unverstand der Massen einmal einen solchen Ort, wo Alles vereinigt ist, sich als wirklich vorhanden denkt, dann helfen keine Gegenvorstellungen und seien sie noch so vernünftig. Stutzig und ängstlich wird der Bauer nur, wenn man ihm erzählt, daß beim Einschiffen nach Brasilien alle Auswanderer gleich dem Vieh gestempelt und numerirt werden. Alle anderen Vorstellungen machen keinen Eindruck. Der Bauer und Arbeiter traut Niemanden außer dem Agenten; er ist sein Heil und sein Hort. Ein großes Mißtrauen herrscht gegen die „Herren“, wie auch gegen die Intelligenz, ja sogar gegen Priester und Bischöfe. Das Volk hat eben die große Güte der „Herren“ und die väterliche Fürsorge der Priester und Bischöfe zur Genüge an Leib und Seele kennen gelernt. Jetzt glaubt es, daß nur materielle Rücksichten die „Herren“ veranlassen, gegen die Auswanderung anzukämpfen, weil es

ihnen an Arbeitskräften fehlen wird. Wenn, sagen die Leute, auch die Zeitungen, die Priester und Bischöfe dagegen sind, so geschieht es eben deshalb, weil die Zeitungen, Priester und Bischöfe von den „Herren“ gekauft werden. Uebrigens, sagen sie weiter, sind die Priester nur auf der Kanzel dagegen, in der Beichte reden sie der Auswanderung selbst das Wort. Daß diese Ansicht bloß durch die Agenten verbreitet wurde, ist klar. Man kennt wenigstens bis jetzt noch keinen Priester, der der Auswanderung das Wort gesprochen hätte.

Wenn wir uns jetzt noch fragen, welches die Ursachen dieser ungeheueren Auswanderung sind, so müssen wir dieselben in allererster Reihe in der schlechten ökonomischen und politischen Lage des Volkes suchen. Die Bauern sagen charakteristischer Weise: bei uns verdient Mann und Frau zusammen so viel, wie drüben ein 6jähr. Kind, dem schon 1/2 Rubel täglich gezahlt wird. Die Lage der unteren Klassen ist überhaupt eine unendlich traurige und bei der großen Unwissenheit des Volkes fällt es den Agenten leicht, ihm die unsmüthigsten Dinge vorzuzulügen. Sie machen den Bauern große Versprechungen, zum Beispiel für zehn Jahre Steuerfreiheit, 60 Morgen Land mit Wäldern und Wiesen und dazu Geld. Die Schiffskarte läßt sich der Agent mit 50 Rubeln bezahlen. Was er für seine Mühe und die Eisenbahnfahrt nimmt, hat man nicht erfahren können. Doch verkaufen die Agenten die Karten auch sehr billig, so z. B. für 5, 4 und 2 Rbl., ja, sie geben sie sogar umsonst. Dafür sorgen sie aber, daß nur gesunde kräftige Leute reisen, alte und schwache suchen sie zum Zurückbleiben zu bewegen. Dafür nehmen sie den Auswanderern das Versprechen ab, Reise-Briefe nach Hause zu schreiben. Diejenigen Briefe aber, die geschrieben werden, unterliegen einer vollständigen Kontrolle und

Alles, was über Brasilien Ungünstiges darin steht, wird einfach gestrichen.

Was für einen Einfluß diese massenhafte Auswanderung auf die Industrie jetzt schon ausübt, zeigt der Umstand, daß manche Industrien ihre Produktion wegen Mangels an Arbeitskräften einstellen mußten, namentlich Brauereien. Die Behörde steht dieser fieberhaften Auswanderungsfucht kopflos und machtlos gegenüber. Sie ist nicht einmal im Stande, einen klaren Ueberblick darüber zu gewinnen, die Leute gehen meist ohne Pässe über die Grenze, um das Geld für den Paß zu ersparen. Es genügt für sie der Taufschein. Als vor einiger Zeit auf dem Bahnhof in Wloclawek zu dem um 3 Uhr Nachmittags aus Alexandrowo kommenden Zuge keine Droschken auf dem Platze waren, wurde die Polizei darauf aufmerksam und stellte Nachforschungen an, die ergaben, daß sämtliche Droschkenfuhrer mit leeren Wagen ungefähr 14 Werst von Wloclawek gefahren waren. Man stellte Wachen aus und erwischte 5 Wagen vollgepfropft mit Emigranten. Als man sie zum Polizeibureau brachte, zeigte es sich, daß 50 Personen auf diese Weise die Grenze zu passiren suchten. Man frug sie, was sie zur Auswanderung veranlaßt hätte, sie verriethen es aber nicht. Trotzdem ist die Polizei mehreren Agenten auf die Spur gekommen und hat die Schuldigen zur Verantwortung gezogen. Nach dem Warschauer „Kurier“ sind in diesem Jahre 3500 Schiffskarten für 175 000 Rubel verkauft worden.

Die obigen Vorgänge enthalten selbstverständlich eine schwere Anklage gegen die Regierung und Kirche, die systematisch das Volk auf tiefer geistiger Stufe erhalten haben, so daß es absolut außer Stande ist, das plumpe Treiben der Agenten zu durchschauen und sich vor dem Schicksal zu retten, das seiner in Brasilien harret. (Frankf. Ztg.)



